

Protokoll der Vollversammlung der verfassten Studierendenschaft der Universität Hannover

Protokollantin: Julia

Anfang der VV um 15.15 Uhr mit gut 100 Menschen

Moderation Vorschlag: Lea und Debby
ohne Gegenstimmung angenommen

Redeliste:
beidseitige weiche Erstredner_innenquotierung
ohne Gegenstimmen angenommen

Tagesordnung:

StuWerk

SozPsy

Raumsituation

der Punkt Sonstiges wird ergänzt, die gesamte Tagesordnung wird ohne Gegenstimmen angenommen

1. StuWerk

Antragsstellerin ist Katharina Lochter

Das StuWerk möchte selber noch zu Wort kommen

Katharina bringt den Antrag ein und liest ihn vor

Herr Hoffmann erläutert die Notwendigkeit der Erhöhung aus Sicht des StuWerks

- Zuschüsse vom Land fallen weg
- es fehlen 40% der Sanierungskosten, da keine Rücklagen gebildet werden konnten
- die Miete müsste um 40€ pro Monat pro Person erhöht werden, wenn es keine Erhöhung der StuWerk-Beiträge geben würde

es besteht die Möglichkeit zur Diskussion und für Rückfragen an das StuWerk

Was sagt die Landesregierung zu den Anträgen?

Hofmann: Herr Lange sagt, im Haushalt ist kein Geld
der förmliche Ablehnungsbescheid ist in Arbeit

werden die Beiträge überall erhoben? Wie sind die Beiträge jetzt?

Hoffmann: Richtet sich nach dem Standort

Die MHH hat keine eigene Mensa und deshalb günstigere Beiträge
wir sind ein privilegierter Standort mit Mensa, Wohnheim, Service
die Anhebungen variieren auch

Änderungsanträge:

Absatz 2 gendern - übernommen

Absatz 3 Streichen wird von der Antragsstellerin übernommen

Ergänzen:

Die Studentischen VertreterInnen sollen sich bei der Abstimmung zu den Beiträgen enthalten – wird von der Antragsstellerin übernommen

In Absatz 2 Studentenwohnhaus ändern in: Wohnheime des StuWerks - angenommen

wird die Erhöhung irgendwann zurückgenommen oder für andere Fehlfinanzierungen benutzt?

Hoffmann: wir brauchen das Geld für die Sanierung und später wollen wir damit Rücklagen bauen
Sanierungsprogramm geht bis 2020

was danach ist kann nicht vorausgesagt werden

Wollen wir nicht lieber darüber diskutieren ob wir die 10€ bezahlen wollen?

Katharina: es wäre immer das Falsche, das StuWerk als Buhmann dar zustellen.

Vom 15-17. 12 ist geplant vor dem Welfenschloss zu zelten um auf die Kürzungen aufmerksam zu machen
es wird dazu aufgefordert viele Zelte hinzustellen (100 wären gut) es wird aber nicht dazu aufgerufen dort zu nächtigen, weil ist ja kalt und Vorlesungen soll man auch nicht ausfallen lassen

- was wollen wir mit diesem Antrag erreichen und wie?

- Es fehlt die Handlungsoption, was soll getan werden?
 - wir haben gar nicht die Möglichkeit dazu, deshalb sprechen wir uns nur dagegen aus

Abstimmung über den Antrag:

bei wenigen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen ist der Antrag angenommen

2. Sozialpsychologie

Ingo stellt den Antrag vor

Änderungsantrag: es soll mit aufgenommen werden:

Um der nach wie vor großen Notwendigkeit eines Angebots Rechnung zu tragen. - übernommen

Warum wird Pohl nicht mit aufgeführt?

Er hat einen 5 Jahresvertrag bekommen

Änderungsantrag:

aufnehmen, dass es keine prekären Arbeitsverträge sein sollen

→ Vorschläge werden erarbeitet

Abstimmung:

vertagt bis Formulierung vorliegt

3. Raumsituation

Kristian bringt den Antrag ein

Änderungsantrag:

Die Begründung als Spezifizierung in die Forderung mit aufnehmen – übernommen

das Wort Ausrotten soll ersetzt werden durch... – übernommen

Es soll zur Abstimmung gestellt werden, ob die Begründung mit aufgenommen werden

Änderungsantrag

sollte unser Antrag kein Gehör finden, halten wir unsere Vorlesungen im von uns besetzten Landtag ab – übernommen,

außerdem im Präsidium - übernommen

Die Verwaltung der Universität soll aufgelagert werden um Räume an der Universität zur Verfügung zu stellen – übernommen (genaue Formulierung siehe Antrag)

→ das I-Amt steht nicht mehr für direkten Kontakt zur Verfügung und ist deshalb nicht mehr in der Uni nötig wird von anderen Leuten aufrecht erhalten

- Kristian zieht seine Übernahme zurück

Abstimmung darüber, ob die Begründung mit als Ergänzung in die Forderungen aufzunehmen

Bei 6 Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen angenommen

Abstimmung über den Ä-Antrag, dass die Verwaltung Räume zur Verfügung stehen

Antrag bei vielen Enthaltungen und wenigen Ja-Stimmen abgelehnt

Vorlesungen im Landtag und im Präsidium

Diskussion

Antrag wird von der Antragsstellerin zurückgezogen

Antrag:

Der 5. und 6. Absatz sollen gestrichen werden

„Studentische Initiativen gehen bereits jetzt schon dazu über... wir erklären uns solidarisch mit den Betroffenen“

Der Antragsteller gibt der Streichung von Absatz 6 (Elchkeller) statt, möchte aber dass der 5. Absatz drin bleibt.

Es folgt eine Abstimmung, ob der Absatz drin bleibt.

Es gab mehr Ja-Stimmen als Nein-Stimmen und ganz viele Enthaltungen. Daher bleibt der Satz drin.

Der gesamte Antrag wird noch einmal vorgelesen

Endabstimmung:

mit den beschlossenen Änderungsanträgen ist der Antrag bei keinen Nein-Stimmen, wenigen Enthaltungen angenommen

Punkt 2 wird wieder aufgenommen
Der neu ausformulierte Antrag wird vorgestellt

Änderungsantrag: sozial verträglich streichen – übernommen

ist der Hochschulrat ein akademisches Gremium?
Nein, aber auch nicht dafür zuständig

Änderungsantrag: fakultätsübergreifend streichen – nicht übernommen, zurückgezogen

Endabstimmung:
bei keinen Nein-Stimmen und einer Enthaltung angenommen

Sonstiges:

Ankündigung zum Schnuppertag:
Am 14.12. um 15.00 im AStA zum Kennenlernen des AStAs
Ankündigung zur Uniwahl vom 11-13. Januar, alle wählen gehen ;)

Anhang:

Antrag von Katharina:

Beschlussvorschlag für die Vollversammlung der Verfassten Studierendenschaft der Leibniz Universität Hannover vom 08.12.2010

Die Vollversammlung der Verfassten Studierendenschaft der Leibniz Universität möge Beschließen:

1. Das Land Niedersachsen wird aufgefordert die Finanzierung für die Sanierungsmaßnahmen der Wohnhäuser des Studentenwerks Hannover in einem solchen Maße sicherzustellen, sodass eine Erhöhung der Studentenwerksbeiträge nicht notwendig wird.
2. In Zusammenarbeit mit dem Studentenwerk Hannover soll einer/einem Minister_in, Staatssekretär_in oder anderen Offiziellen die Möglichkeit gegeben werden sich selbst ein Bild von der Situation in einem Wohnhaus des Studentenwerks Hannovers zu machen indem er/sie eine Nacht in einem Studentenwohnhaus verbringt.
3. Die studentischen Vertreter_innen der LUH in den Gremien des StuWerks werden dazu aufgefordert sich bei der Abstimmung zu der Erhöhung des Studentenwerksbeitrags zu enthalten.

Antrag von der Basisdemokratischen Fachschaft Sozialwissenschaften:

Die studentische Vollversammlung möge beschließen:

Die Verfasste Studierendenschaft der LUH fordert auf der Vollversammlung am 08.12.2010, die Akademischen Gremien der LUH auf die Sozialpsychologie an der LUH zu erhalten und somit eine Weiterbeschäftigung der Dozierenden, Dr. Jan Lohl und M.A. Sebastian Winter. Dies erachtet die Verfasste Studierendenschaft vor dem Hintergrund der beträchtlichen Anzahl von Studierenden, die noch Sozialpsychologische Inhalte an der LUH studieren und somit ein Anrecht auf Lehre und auf Prüfungsbetreuung haben, sowie das enormen fakultätsübergreifende Interesse an der Sozialpsychologie als besonders notwendig. Deshalb solidarisiert sich die Verfasste Studierendenschaft der LUH mit den Forderungen der Basisdemokratischen Fachschaft Sozialwissenschaften.

Begründung:

Bis vor zweieinhalb Jahren gehörte das Studienfach Sozialpsychologie zur Universität Hannover, bis es dann unter großem Protest der Studierenden im Wintersemester 2008/2009 abgeschafft wurde. Mit der Kombination aus Soziologie, Politikwissenschaft und Sozialpsychologie war die Ausrichtung des Studiengangs Sozialwissenschaften an der LUH in Deutschland einmalig.

Eine Übergangsregelung von fünf Jahren bis zur Abschaffung dämmte damals die Proteste ein.

Aktuell sind nur noch vier Dozierende im Bereich Sozialpsychologie von der Universität angestellt. Die Hannoversche Sozialpsychologie wird mit ihrer gesellschaftskritischen und psychoanalytischen Ausrichtung im Moment noch von den drei Dozierenden Prof. Dr. Rolf Pohl, Dr. Jan Lohl und M.A. Sebastian Winter vertreten. Zwei dieser Arbeitsverträge laufen im März 2011 und im Juli 2011 aus und sollen nicht verlängert werden. Eine dadurch resultierende Mehrbelastung des verbliebenen Dozenten, vor allem durch die große Anzahl restlicher Diplomstudierender, welche alle einen Prüfer aus der Sozialpsychologie benötigen oder von denen einige ihre Diplomarbeit bei einem Sozialpsychologen schreiben möchten, führt dazu, dass dieser sein Lehrangebot ab dem Wintersemester 2011/2012 drastisch einschränken muss. Somit gibt es ab nächstem Wintersemester nur noch ein extrem reduziertes Angebot an sozialpsychologischen Lehrveranstaltungen.

Zum Ende des Sommersemesters 2011 endet jedoch für die jetzigen Fünftsemester, welche laut ihrer Prüfungsordnung nicht von der Abschaffung der Sozialpsychologie betroffen sein sollten, gerade mal die Regelstudienzeit. Sie haben somit nicht die Möglichkeit, z.B. aufgrund von Auslandssemestern, ihr Studium um eine angemessene Übergangszeit von zwei Semestern mit allen ihnen zustehenden Inhalten zu verlängern.

Die aktuellen Drittsemester, sowie alle folgenden Bachelorstudierenden, haben nach ihrer Prüfungsordnung kein Recht mehr Sozialpsychologie zu studieren. Auf der Homepage der Universität wurde seinerzeit jedoch noch immer mit der Besonderheit der Sozialpsychologie als Bestandteil des Studiums geworben. Erst vor Ort erfuhren die damaligen Erstsemester, dass sie das versprochene Angebot nicht wahrnehmen können. Nach wie vor wird auf der Homepage ein Interesse an der Sozialpsychologie empfohlen um Sozialwissenschaften zu studieren. Somit brachten auch dieses Jahr viele Erstsemester ein enormes Interesse mit, welches nun gar nicht entsprechend gedeckt werden kann und wird.

Die verbliebenen Dozierenden bemühen sich auch Seminare für Erstsemester im Bereich Sozialpsychologie anzubieten, welche sich einer großen Beliebtheit erfreuen und regelmäßig völlig überfüllt sind, den Bedarf jedoch in keinster Weise abdecken.

Dies schlägt sich auch in der Evaluation des Studiengangs Sozialwissenschaften nieder, welche im Wintersemester 2009/2010 ergeben hat, dass sich die Studierenden nach wie vor ein höheres Lehrangebot in der Sozialpsychologie wünschen.

Aufgrund dieses enormen Interesses bitten wir die studentische Vollversammlung die obigen Forderungen zu unterstützen.

Antrag von Kristian Kröger:

Antrag von Kristian Kröger
29.10.2010

Unwillensbekundung zur Raumsituation

Die studentische Vollversammlung möge beschliessen:

Wir möchten hiermit unseren ausdrücklichen Unwillen zur weiteren Hinnahme der Raumsituation bekunden! Wir sehen uns in unserem Recht auf studentische Selbstverwaltung nach § 20 – 1 NHG durch die derzeitige Raumsituation eingeschränkt, und fordern die Universität zur Bereitstellung von mehr Räumlichkeiten in Campusnähe auf. Wir fordern zudem ein mehr an Räumen und ausdrücklich keinen Verdrängungswettbewerb!

Die Raumsituation an der Universität ist desolat. Sowohl Lehrveranstaltungen als auch studentische Frei- und Lehrräume sind oftmals überfüllt, KommilitonInnen drängeln sich um Plätze in den Fensterbänken und auf dem Boden, Sauerstoffarmut prägt das Studium oft mehr als Lehrinhalte und studentisches Engagement wird durch permanente Gängelung in der Raumfrage behindert. Sitzplätze sehen manche KommilitonInnen semesterlang ausschließlich im öffentlichen Nahverkehr. Demokratische Gremien können nicht arbeiten, wenn sie zu Tagungen nachts bei Schneeregen und Graupelschauern auf dem Parkplatz gezwungen sind, geschweige denn Gruppenfindung zwecks Konstituierung inaktiver Gremien betreiben – und derart inaktive Gremien gibt es bereits jetzt zu Hauf. Die Räumlichkeiten des AStA sind rund um die Uhr ausgelastet, und sogar die psychologisch-therapeutische Beratung führt derzeit bereits gruppentherapeutische Gespräche im Sitzungszimmer des AStA durch.

Selbst der Studentische Rat sowie die Vollversammlung der Studierenden als höchste beschlussfassende studentische Gremien leiden unter der Raumnot und können nur unter

erschweren Umständen tagen. Studentische Initiativen gehen bereits jetzt schon dazu über, sich gegenseitig zu behindern und in eine Rezessionsspirale zu drücken. Die vom Präsidium angedachte Verdrängung autonomer studentischer Initiativen verurteilen wir. Eine Universität in demokratischer Verantwortung muss jede Form von Initiative fördern, in der den

Studierenden mittels der Selbstverwaltung das Verantwortungsbewusstsein für die Gesellschaft vermittelt wird. Das Ausspielen von verschiedenen Gruppen gegeneinander verurteilen wir als autokratischen Akt, als divide et impera. Wir erklären uns solidarisch mit den Betroffenen!

Wir möchten aber auch keine Universität, die das Studium Generale bereits aus geographischen Gründen verhindert, indem sie den Campus über die Stadtgrenze hinaus auslagert. Auch wenn wir den Wegfall der Räumlichkeiten in der Bismarckstraße bedauern, begrüßen wir die Zentralisierung im Bereich Calenberger Neustand, Nordstadt und Herrenhausen. Wir sprechen uns hiermit gegen einen Außenstandort oder gar eine zukünftige TU Garbsen aus!

Da zudem mit dem Aussetzen der Wehrpflicht und dem doppeltem Abiturjahrgang die Situation auf eine verstärkte Eskalation zusteuert, möchten wir bereits jetzt unseren ausdrücklichen Unwillen bekunden, diese Situation weiter hinzunehmen.

Wir fordern die Universität und das Land Niedersachsen als deren Träger auf, sich ihrer Verantwortung in der Raumsituation dieser Universität zu stellen! Wir tun hiermit unseren ausdrücklichen Unwillen zur weiteren Hinnahme kund!